

Lachs, Thomas

Article

Zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Lachs, Thomas (1980) : Zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 6, Iss. 2, pp. 133-143

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/332032>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zehn Jahre Wirtschaftspolitik der SPÖ

Thomas Lachs

Generationen österreichischer Sozialisten haben davon geträumt, daß ihre Partei endlich eine absolute Mehrheit in Österreich erringen könnte. Und haben daran geglaubt, daß man mit Hilfe dieser absoluten Mehrheit auf völlig demokratischem Wege den Sozialismus in unserem Lande einführen könne. Wenn man sich auch im allgemeinen darüber im klaren war, daß diese Umgestaltung nicht über Nacht erfolgen könnte, erhoffte man doch sich ihr im Zuge einer mehrere Legislaturperioden umfassenden Regierungstätigkeit spürbar zu nähern.

Nun hat die SPÖ seit einem Jahrzehnt die Mehrheit in unserem Lande und stellt allein die Bundesregierung. Jedes Gesetz, mit dem die Bundesverfassung nicht verändert wird, kann von ihr allein im Parlament beschlossen werden. Der Zeitraum ist sicherlich lang genug, um eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Wie diese Bilanz ausfallen wird, dürfte auch in hohem Maße davon abhängen, welche Erwartungen der einzelne tatsächlich in eine sozialistische Regierung gesetzt hat.

Der Autor dieser Zeilen hat in seinen Tagen als Mittelschülerfunktionär und teilweise auch noch in seinen Studentenjahren sehr große Erwartungen in eine erhoffte sozialistische Regierung gesetzt. Bis zum Jahr 1970, als es dann endlich zur sozialistischen Regierung kam, hatte er aber sein Anspruchs- und Erwartungsniveau wesentlich herabgesetzt. Und nur an seinen damaligen Erwartungen kann er heute die Tätigkeit der sozialistischen Bundesregierung messen.

Denn tatsächlich ist die Verwirklichung einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft auch mit einer absoluten Mehrheit im Parlament durchaus nicht leicht zu realisieren. Zwei wesentliche Umstände stehen dem entgegen:

Einerseits erhebt sich bei jeder größeren Umgestaltungsmaßnahme sofort die Frage, wieweit die Bevölkerung tatsächlich mitzugehen bereit

ist. Denn Umgestaltungen jeder Art müssen zwangsläufig zu Schwierigkeiten zumindest in der Umstellungsphase führen. Wenn das bestehende Wirtschaftssystem im Augenblick auch nur halbwegs funktioniert, wird das natürliche Beharrungsvermögen (man könnte es auch Konservatismus nennen) der Bevölkerung jeder veränderungsbedingten Schwierigkeit größten Widerstand entgegensetzen.

Die Politiker kommen hier in einen Interessenskonflikt. Sozialistische Politiker – zumindest wenn sie diesen Namen verdienen – wollen sicherlich eine Veränderung unserer Gesellschaftsordnung und damit auch der Wirtschaftsordnung erreichen. Wie alle Politiker sind sie sich aber voll auf der Tatsache bewußt, daß zur Durchsetzung des eigenen Standpunktes eine möglichst große Zahl von Stimmen bei Wahlen notwendig ist. Im Augenblick unpopuläre Maßnahmen (auch dann, wenn sie sich mittelfristig als richtig erweisen) können Wählerstimmen kosten. Sie können sogar gerade jene Wählerstimmen kosten, die eine Partei unbedingt braucht, um an der Macht zu bleiben.

Der Politiker befindet sich dann in einem Dilemma. Soll er Maßnahmen setzen, die er zwar für richtig hält, die aber dazu führen könnten, daß seine Partei abgewählt wird? Wobei dieses Abgewähltwerden gleich zwei Nachteile hat: Die gewünschte Maßnahme wird erst recht vereitelt und dazu gehen noch die sicherlich angenehmen Seiten der politischen Machtausübung verloren. In einer Partei wie der gegenwärtigen österreichischen Sozialdemokratie muß man von der Annahme ausgehen, daß in solchen Situationen dem politischen „an der Macht-Bleiben“ erhebliche Priorität eingeräumt wird.

Dazu kommt aber noch, daß abgesehen von allen politischen Machtüberlegungen auch die faktische Realisierbarkeit größerer wirtschaftspolitischer Reformen durchaus zweifelhaft ist. Als kleines Land ist Österreich sehr intensiv mit der Weltwirtschaft – besonders mit der europäischen Wirtschaft – verflochten. Sicher können wir in vielen Einzelfragen einen eigenen Weg gehen. Bei den großen Zügen unserer Wirtschaftspolitik und erst recht bei der Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung sind uns aber offenkundige Grenzen gesetzt. Man muß nicht unbedingt ein Apologet des Stalinismus sein, um darauf hinzuweisen, daß der Versuch des Sozialismus in einem Land allein entweder von vornherein scheitern muß oder zu Konsequenzen führt, die zumindest in der österreichischen Sozialdemokratie von niemandem gewünscht werden.

Aber auch ohne diese Überlegungen anzustellen, wird man von der sozialistischen Bundesregierung des letzten Jahrzehntes keine allzugroßen Umgestaltungen unserer Wirtschaftsordnung erwarten dürfen. Immerhin hatte die Partei in den sechziger Jahren ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet und der Bevölkerung vorgelegt, das sie im Falle eines Wahlsieges realisieren wollte. Und dieses Wirtschaftsprogramm hat sich wahrlich keine allzu großen Umgestaltungen zum Ziel gesetzt. Wobei man noch bedenken muß, daß die österreichische Sozialdemokratie in ihren programmatischen Erklärungen seit jeher wesentlich weiter geht als in ihrer tatsächlichen Politik. Schließlich wurden auch

bei der Zusammensetzung der Bundesregierung die wirtschaftspolitisch entscheidenden Ressorts in die Hände von Funktionären gelegt, die persönlich nie ein Hehl daraus gemacht hatten, daß sie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem grundsätzlich positiv gegenüberstehen und ihren Sozialismus vor allem so interpretieren, daß sie die marktwirtschaftliche Ordnung dazu bringen wollen, effizienter zu funktionieren, und daß sie in diese Ordnung stärkere Schutzelemente zugunsten der Arbeitnehmerschaft einzubauen wünschen.

Es wäre daher unsinnig und ungerecht, die Tätigkeit der sozialistischen Bundesregierung auf wirtschaftspolitischem Gebiete an anderen als an diesen Maßstäben zu messen. Das mag für viele von uns zwar unbefriedigend sein, jede andere Betrachtungsweise muß aber zwangsläufig zu Enttäuschungen führen.

Ihren größten Erfolg konnte die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung zweifellos bei der Erhaltung der Vollbeschäftigung erringen. Dieser Erfolg ist umso höher zu bewerten, weil von der Partei von Anfang an klargemacht wurde, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung für sie die höchste Priorität habe. Während es in allen anderen Staaten Europas im Laufe dieses Jahrzehntes zumindest zeitweise zu Perioden mit höherer Arbeitslosigkeit gekommen ist, war dies in Österreich nicht der Fall. Dazu kommt noch, daß man sich in vielen europäischen Ländern in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit wesentlich größeren Arbeitslosenzahlen zufrieden gibt, als dies noch Anfang des Jahrzehntes für möglich gehalten worden wäre. Man hat die Hoffnung so gut wie aufgegeben, jemals wieder zu jenem Ausmaß an Vollbeschäftigung zurückkehren zu können, wie man es in den sechziger Jahren gekannt hatte. Demgemäß wird in manchen Ländern der Vollbeschäftigung nunmehr wesentlich weniger Bedeutung in den wirtschaftspolitischen Zielkonfigurationen eingeräumt als früher.

In Österreich ist die Situation wesentlich anders: Nicht nur die sozialistische Bundesregierung tritt für die Erhaltung der Vollbeschäftigung ein. Die Erfolge auf diesem Gebiet und die offenkundige Unterstützung dieser Politik durch breiteste Schichten unserer Bevölkerung haben auch einen geistigen Strukturwandel hervorgerufen. Sämtliche politische Parteien bekennen sich zur Vollbeschäftigungspolitik und streiten nicht darüber, ob man eine solche Politik durchführen soll, sondern wer am besten und wirksamsten in der Lage ist, sie zu verwirklichen. Selbst die Unternehmerorganisationen, bei denen so mancher Funktionär im privaten Kreise durchaus zugibt, wenig Freude mit einer solchen Konzeption zu haben, wagen es angesichts des öffentlichen Klimas nicht, in der Öffentlichkeit die Vollbeschäftigungspolitik abzulehnen.

Es ist also der sozialistischen Regierung nicht nur gelungen, alle Bereiche der Wirtschaftspolitik dem Ziel der Vollbeschäftigung dienstbar zu machen, sondern sie hat mit dieser Politik auch ein geistiges Klima geschaffen, in dem die Priorität der Vollbeschäftigung von niemandem in Zweifel gezogen wird. Wenn man bedenkt, welche Folgen Arbeitslosigkeit für den einzelnen hat, und wenn man berück-

sichtigt, um wieviel stärker die Position der Arbeiterbewegung in einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist, so wird man diesen Erfolg sozialistischer Wirtschaftspolitik gar nicht hoch genug ansetzen können. Alles, was in der Folge als Kritik gesagt werden wird, steht hinter diesem Erfolg zurück.

Die Vollbeschäftigungspolitik konnte naturgemäß nur in einer Situation der permanenten Hochkonjunktur verwirklicht werden. Tatsächlich hat die österreichische Volkswirtschaft im Zuge der siebziger Jahre einen ungeahnten Aufschwung genommen. Unser Bruttonationalprodukt und unser Lebensstandard sind sprunghaft angestiegen. Österreich, das traditionell eher zu den weniger entwickelten und ärmeren Industriestaaten der westlichen Welt gezählt hatte, liegt heute durchaus im Mittelfeld. Das ist zwar den Menschen in unserem Lande noch lange nicht bewußt geworden, ist aber heute eine Tatsache, die von sehr gewissenhaften Studien Professor Anton Kausels wiederholt belegt wurde.

Diese Tatsache beweisen nicht nur die vielleicht etwas umstrittenen oder zumindest schwierig zu verstehenden statistischen Vergleiche, bei denen Nominaleinkommen mit Hilfe verschiedener Faktoren in Realeinkommen umgewandelt werden. Ebenso überzeugend sind auch die Vergleiche der Dichte des Eigentums an Gütern des gehobenen Bedarfs – wobei man nicht übersehen sollte, daß die Österreicher es vernünftigerweise vorziehen, mehr soziale Sicherheit, ein besseres Kulturniveau und mehr Freizeit zu besitzen, als diese Vorteile gegen mehr Konsumgüter einzutauschen.

Die erfolgreiche Konjunkturpolitik mit all ihren angenehmen Begleiterscheinungen war aber nur möglich, weil gleichzeitig (und entgegen vielen theoretischen Thesen) die Preisentwicklung voll im Griff behalten werden konnte. Im gesamten abgelaufenen Jahrzehnt gehörte Österreich zu den Industriestaaten mit dem geringsten Preisauftrieb. Das hat es sicher der Regierung erleichtert, im Gegensatz zur Politik anderer Länder niemals konjunkturdämpfende Maßnahmen zur Bekämpfung inflationistischer Tendenzen einzusetzen.

Aber dieser Erfolg ist den sozialistischen Wirtschaftspolitikern nicht in den Schoß gefallen. Er ist das Ergebnis eines zwar manchmal belächelten, aber letzten Endes doch sehr erfolgreichen Systems der Preispolitik. Dieses System beruht auf einer Kombination von amtlicher Preisregelung (die nur wenige, aber dafür sehr wichtige Warengruppen umfaßt) und der freiwilligen Preisregelung im Rahmen der Paritätischen Kommission. Bei allen Schwächen, die dieses System sicher hat, wird man wohl kaum leugnen können, daß es einer der Ursachen dafür ist, daß Österreich in der Preispolitik so entscheidend besser abschneidet als andere Industriestaaten.

Diese erfolgreiche Preispolitik ist aber ihrerseits wieder nur ein Teilbereich des Systems der Wirtschaftspartnerschaft, das gerade in den letzten zehn Jahren noch wesentlich ausgebaut und erweitert wurde. Im Rahmen dieses Systems werden die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in alle Bereiche der Wirtschaftspolitik voll

integriert. Diese Integration bringt den Verbänden zahlreiche Einflußmöglichkeiten, die sie in anderen Industriestaaten kaum haben. Es bringt ihnen gleichzeitig aber ein gewisses Ausmaß an Verantwortung für die gesamte Wirtschaftspolitik. Dieser Verantwortung können sie nur gerecht werden, wenn sie in dem ihnen fast zur Gänze überlassenen Bereich der Lohn- und Preispolitik entsprechend erfolgreich agieren.

Von besonderer Bedeutung war der Ausbau der Wirtschaftspartnerschaft für die Gewerkschaftsbewegung. In kapitalistischen Industriestaaten haben die Organisationen der Unternehmer – und zwar unabhängig davon, welche Parteien an der Regierung sind – jedenfalls ein gewichtiges Wort bei Formulierung und Durchführung der Wirtschaftspolitik mitzusprechen. Die Besonderheit des österreichischen Systems der Wirtschaftspartner ist es, daß den Arbeitnehmerorganisationen ein gleiches Mitspracherecht eingeräumt wird. Und gerade im letzten Jahrzehnt ist dieses Mitspracherecht für die Arbeitnehmerorganisationen in vielen Gremien noch ausgebaut und erweitert worden.

Dies gilt selbstverständlich in erster Linie für die überbetriebliche Mitbestimmung. Man soll aber auch nicht vergessen, daß mit dem Arbeitsverfassungsgesetz unter der sozialistischen Bundesregierung den Arbeitnehmern und ihren Organen auf betrieblicher Ebene ein Maß an Mitbestimmung eingeräumt wurde, wie es kaum ein anderer Industriestaat heute kennt. Dieses Arbeitsverfassungsgesetz dürfte eine der gesellschaftspolitisch relevantesten Maßnahmen des letzten Jahrzehntes gewesen sein. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, daß damit Verhältnisse in vielen österreichischen Unternehmungen geschaffen wurden (nämlich in jenen Unternehmungen, in denen die Arbeitnehmerschaft von ihren gesetzlich verbrieften Rechten auch tatsächlich Gebrauch macht), wie sie noch vor wenigen Jahrzehnten in Österreich und bis zum heutigen Tage in den meisten anderen Industriestaaten undenkbar wären. Wo es in Österreich heute einen starken, sich seiner Rechte bewußten Betriebsrat gibt, kann ein Unternehmen gegen die Arbeitnehmer und ihre Funktionäre nicht mehr geführt werden. Diese Tatsache unterscheidet unser Land sehr wesentlich von anderen.

Die Wirtschaftspartnerschaft stellt aber in anderem Sinne ein Hindernis für gesellschaftspolitische Umgestaltungen dar. Will man die gesamte Wirtschaftspolitik im Einvernehmen auch mit den Funktionären der Unternehmerschaft führen, so wird man ihnen immer wieder Konzessionen machen müssen, die im Einzelfall vermutlich auch vom Verhandlungsgeschick der beteiligten Personen abhängen.

Man muß sich aber damit abfinden, daß man nicht zugleich die gesamte Wirtschaftspolitik in einem möglichst großen Konsens sowohl mit den Organisationen der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer führen kann, ohne daß man andererseits in der einen oder anderen Frage auch erhebliche Konzessionen an die Unternehmerschaft macht. Wie groß diese Konzessionen sein werden, hängt allerdings auch und in sehr großem Umfang davon ab, wie entschlossen eine sozialistische Regierung ist, ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen. Als Ausrede für einen Verzicht auf sozialistische

Wirtschaftspolitik reicht das System der Wirtschaftspartnerschaft sicherlich nicht aus.

Die bisher erwähnten Erfolge der sozialistischen Wirtschaftspolitik konnten aber nur um den Preis realisiert werden, daß der Verteilungsproblematik nicht jene Aufmerksamkeit gewidmet wurde, die man eigentlich von einer sozialistischen Regierung erwarten würde. Rein oberflächlich gesehen ist zwar nach anfänglichen Rückschlägen der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen deutlich gestiegen. Man darf aber nicht übersehen, daß es gleichzeitig eine gewaltige Verschiebung von Unternehmern zu Arbeitnehmern gegeben hat. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Verschiebung ist darauf zurückzuführen, daß Unternehmer ihre Firmen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt haben, in denen sie als leitende Angestellte figurieren. Gleichzeitig hat die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Unternehmer spürbar abgenommen.

Insgesamt gesehen dürfte sich mittelfristig an der Pro-Kopf-Verteilung des Volkseinkommens zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern kaum etwas geändert haben. Umso schwerer wiegt der Umstand, daß die vorhandenen statistischen Unterlagen – dürftig wie sie sind – doch darauf hindeuten, daß die personelle Einkommensverteilung ungleichmäßiger geworden ist. Anders ausgedrückt: Der Abstand in den Einkünften zwischen der Masse der Normalverdiener und den Spitzenverdienern dürfte noch größer geworden sein, als dies ohnedies schon Ende der sechziger Jahre war. Es ist mehr als bedauerlich, daß darüber keine genaueren statistischen Unterlagen vorliegen.

Noch dürftiger sind die statistischen Unterlagen über die Vermögensverteilung. Auch hier sprechen einzelne Indizien dafür, daß sie zumindest nicht gleichmäßiger geworden sind. Insgesamt muß man aber auch der Regierung den Vorwurf machen, daß sie in zehnjähriger Amtszeit überhaupt nicht dafür gesorgt hat, daß bessere statistische Unterlagen über Einkommens- und Vermögensverteilung in Österreich vorliegen. Es wurden weder von der amtlichen Statistik brauchbare Unterlagen ausgearbeitet, noch hat der Bund in irgendeiner Form wissenschaftliche Arbeiten zu dieser Thematik in Auftrag gegeben. Hier liegt ein echtes Versäumnis vor, das man so bald wie möglich nachholen sollte.

Tatsache ist jedenfalls, daß die konjunkturpolitischen Erfolge zumindest teilweise dadurch erreicht wurden, daß man wirtschaftliche Aktivitäten über die öffentlichen Haushalte in größtem Ausmaße gefördert hat. Diese Förderungen haben in den meisten Fällen (durchaus nicht in allen) die gewünschten Auswirkungen gehabt. Sie haben notwendigerweise gleichzeitig dazu geführt, daß öffentliche Mittel in erheblichem Umfang zum Ausbau der Vermögen einer dünnen, besitzenden Schicht dienten.

Dabei hat man den Unternehmern nicht nur durch Verzicht auf Steuereinnahmen und direkte Subventionen geholfen, sondern ihnen auch in vielen Fällen das unternehmerische Risiko abgenommen. Indem die öffentliche Hand Haftungen in bisher noch nie dagewesenem Umfang übernahm, entstand eine in Einzelfällen geradezu groteske

Situation: Dem Unternehmer wurde billiges Geld für seine Investitionen zur Verfügung gestellt. Ging die Sache gut, gehörte das Unternehmen und der daraus fließende Gewinn dem privaten Unternehmer. Ging die Sache schief, hatte die öffentliche Hand für den Schaden einzustehen und der Unternehmer trug kaum eine Verantwortung, geschweige denn eine Haftung.

Die Privatisierung der Gewinne bei Sozialisierung der Risiken ist in Österreich vielfach Wirklichkeit geworden. Daß dies alles unter Hinweis auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung erfolgt, macht es vom Standpunkt sozialistischer Wirtschaftspolitik zwar verständlich, aber nicht angenehmer. Und die Situation wird sicherlich noch dadurch verschärft, daß es sich bei den begünstigten Unternehmen in zunehmendem Ausmaß um ausländische Firmen, vielfach sogar um außerordentlich finanzstarke multinationale Konzerne handelt.

Verteilungspolitisch besonders bedenklich ist dabei der Umstand, daß zumindest in der ersten Phase die Wirtschaftsförderung großteils auf dem Weg der Steuerabschreibungen erfolgte – obwohl gerade dies im Wirtschaftsprogramm der SPÖ aus den sechziger Jahren abgelehnt worden war. Das Resultat war eine so weitgehende Aushöhlung der Gewinnsteuern, daß heute eine Wirtschaftsförderung vielfach nur noch über den Weg direkter Subventionen erfolgen kann: Denn Gewinnsteuern zahlen die um Subventionen einkommenden Unternehmen in der Regel ohnedies nicht mehr.

Dieses Aushöhlen der Gewinnsteuern und der laufende Rückgang der Einnahmen aus diesem Titel im Budget haben die ohnedies nicht geringen Budgetprobleme verstärkt. Im Interesse der Konjunkturpolitik mußten gewaltige Budgetdefizite in Kauf genommen werden. Jeder (notwendige) Versuch, das Budgetdefizit wieder zu senken, wird durch die weitgehende Aushöhlung der Gewinnsteuern unverhältnismäßig stark erschwert. Jedenfalls stammt heute ein in diesem Ausmaß noch nie dagewesener Anteil an den Staatseinnahmen aus der Lohnsteuer der Arbeitnehmer und den vielen Steuern auf den Massenkonsum. Dazu kommt noch, daß alle Versuche, eine größere Steuergerechtigkeit durch Anhebung von Spitzensteuersätzen zu erreichen, zunehmend erschwert werden. Denn wenn gerade die Bezieher von Spitzeneinkommen durch Ausnützung der diversen Steuerabschreibungsmöglichkeiten steuerrechtlich gesehen über keine oder nur kleine Einkommen verfügen, können sie auch nicht durch Anheben von Spitzensteuersätzen erreicht werden.

Die zunehmende Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Staatseinnahmen erschwert aber auch alle Versuche, größere Verteilungsgerechtigkeit durch die tertiäre Einkommensumverteilung zu erzielen. Zweifellos haben die Staatsausgaben durch eine ganze Reihe der ergriffenen Maßnahmen einen nicht unerheblichen egalitären Effekt. Wenn aber die Einnahmen zur Finanzierung dieser Staatsausgaben nur zu einem verschwindenden Teil von jenen stammen, die man eigentlich für eine Umverteilung heranziehen sollte, so wird der gewünschte Effekt nur teilweise erreicht. Bestenfalls kommt es zu einer Umverteilung inner-

halb der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, die Bezieher höherer Einkommen werden aber weitgehend geschont.

Die Aushöhlung der Gewinnsteuern hat aber noch einen weiteren Nachteil: Die gezielte Individualförderung bei Staatsausgaben wird erschwert. Wenn nämlich staatliche Zuwendungen von der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens abhängig gemacht werden, werden die durch steuerliche Förderungen Begünstigten doppelt unterstützt.

Sie können mit Hilfe der bestehenden Steuerabschreibemöglichkeiten ihr steuerpflichtiges Einkommen auf Null herunterdrücken (und damit keine Steuern zahlen). Sie sind dann zusätzlich in der Lage, jene staatlichen Förderungen in Anspruch zu nehmen (z. B. Hochschulstipendien für ihre Kinder), deren Gewährung von der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens abhängt. Umso mehr man bei der öffentlichen Förderung von sozialen Umständen auf die einkommensabhängige direkte Förderung übergeht, umso absurder könnte diese Situation werden.

Mit der öffentlichen Verteilungspolitik hat man sicherlich wesentliche Fortschritte bei der Bekämpfung der Armut gemacht. Wie weit allerdings diese Fortschritte in einem unverhältnismässig starken Ausmaß zu Lasten breiter Schichten der Arbeiter und Angestellten selbst gingen, muß dahingestellt werden.

Noch ein Wort zur Budgetproblematik: In dem Bemühen, möglichst viel möglichst schnell zu verwirklichen, ohne die laufenden Budgetdefizite allzu sehr steigen zu lassen, wurden für größere Investitionsvorhaben eigene Sondergesellschaften gegründet. Vieles spricht dafür, daß diese Sondergesellschaften ihre Aufgabe effizienter bewältigt haben, als dies im Rahmen der öffentlichen Verwaltung möglich gewesen wäre – was auch durch einen unangenehmen Vorfall in letzter Zeit nicht grundsätzlich widerlegt wird. Die von diesen Gesellschaften getätigten Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt werden aber aus den zu erwartenden Einnahmen der Gesellschaften keinesfalls gedeckt werden können. Sie belasten daher die Budgets der kommenden Jahre über Gebühr. Damit werden die öffentlichen Investitionsmöglichkeiten in Zukunft in einigen Bereichen radikal eingeschränkt werden. Das eklatanteste Beispiel dafür ist sicherlich der Straßenbau, und es wird sich erst zeigen, ob die ganze Konzeption der Sondergesellschaften mittelfristig auch wirklich die optimale Lösung war.

In die Betrachtungen über Budget und Steuern gehört auch sicherlich die Feststellung, daß in diesem Jahrzehnt die aus Gründen der Integrationspolitik notwendige Umstellung der österreichischen Umsatzbesteuerung auf das Mehrwertsteuersystem durchgeführt werden konnte. Ob dieses Steuersystem von unserem Standpunkt aus günstig ist oder nicht, mag diskutiert werden. Seine Einführung war jedenfalls im Zuge der europäischen Integration unbedingt notwendig und wurde von der sozialistischen Regierung mit minimalen Umstellungsschwierigkeiten (besonders auf preispolitischem Gebiet) bewältigt.

Daß mittelfristige Erfolge in der Konjunkturpolitik, wie sie Öster-

reich in den siebziger Jahren zu verzeichnen hatte, nur möglich sind, wenn auch eine erfolgreiche Strukturpolitik betrieben wird, darf wohl als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Tatsächlich hat sich die Struktur der österreichischen Wirtschaft im allgemeinen und jene der Industrie im besonderen im Laufe der siebziger Jahre sehr erfolgreich den veränderten technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt. Dies ist umso erfreulicher, als in diese Periode auch die notwendige Anpassung an die europäische Integration fällt. Immerhin wurden die Verträge über den vollständigen Zollabbau gegenüber der EWG von der sozialistischen Bundesregierung abgeschlossen und die darauffolgende Integration von der österreichischen Wirtschaft ohne die vielfach befürchteten Anpassungsschwierigkeiten bewältigt.

In den Bereich der Strukturpolitik der Regierung gehört auch die Bereinigung einer Vielzahl von Problemen im Bereich der verstaatlichten Industrie. Von besonderer Bedeutung war dabei die Fusion der Stahlunternehmungen zum Konzern der Vöest-Alpine. Rückblickend kann man mit Sicherheit feststellen, daß die österreichische Stahlindustrie die Krise am Weltstahlmarkt jedenfalls in ihrer fusionierten Form wesentlich besser überstanden hat, als dies den Einzelunternehmungen möglich gewesen wäre. Fast alles spricht dafür, daß es ohne Fusion im Zuge der siebziger Jahre eine schwere Krise in der Stahlindustrie der Steiermark gegeben hätte.

Wenn eine sozialistische Regierung sich von vornherein damit abfindet, in einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu agieren, so muß sie wenigstens dafür sorgen, daß in dieser Marktwirtschaft möglichst viel Wettbewerb herrscht. Die wichtigste Maßnahme der sozialistischen Regierung auf diesem Gebiet war die Schaffung einer neuen Gewerbeordnung, die die vielen Hindernisse für ein liberales Wirtschaftssystem, die sich in der alten Gewerbeordnung angesammelt hatten, weitestgehend beseitigte. Auch das neue Kartellgesetz hat sich insofern bewährt, als mit seiner Hilfe eine ganze Anzahl der etablierten Kartelle geschwächt und sogar einige der unangenehmsten völlig beseitigt werden konnten.

Auch auf dem eigentlich in den Bereich des Wettbewerbsrechtes gehörenden Gebiet des Konsumentenschutzes wurden legislativ viele Fortschritte erzielt. Einige Gesetze und eine Unzahl von Verordnungen sollen die Position des Konsumenten in der Marktwirtschaft verstärken. Soweit die Wirksamkeit dieser Verordnungen davon abhängt, daß ihre Durchführung von den Behörden überwacht wird, kann man allerdings mit den Resultaten nicht zufrieden sein. So beweisen Tests des Vereins für Konsumenteninformation immer wieder, daß die bestehenden Vorschriften über Qualitätsklassen und Warenkennzeichnung in einem unglaublichen Ausmaß von den Unternehmern ignoriert werden, ohne daß es zu irgendwelchen Maßnahmen der Behörden kommt.

Wichtig für das bessere Funktionieren unserer Marktwirtschaft wäre auch die seit langem angepeilte Novelle des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Aus unverständlichen Gründen ist

es der Regierung in den letzten zehn Jahren nicht gelungen, diese verhältnismäßig einfache und eigentlich unumstrittene Reform zu verwirklichen.

Im großen Bereich der Landwirtschaftspolitik muß man bei aller Kritik vorerst einmal bedenken, daß hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten die größten Strukturwandlungen im Gange waren und noch immer sind. Das ist sicher für zielführende Maßnahmen eine Erschwernis. Dennoch kann man nicht umhin festzustellen, daß die Bauern heute ein voll ausgebautes Sozialversicherungssystem genießen, ohne dafür auch nur halbwegs kostendeckende Beiträge zu entrichten. Gerade weil die Arbeitnehmerorganisationen und die sozialistische Bewegung immer bei den Arbeitnehmern den Grundsatz vertreten haben, daß Sozialversicherungen ihre Kosten so weit wie möglich selbst zu decken haben, ist das Abgehen von diesem Grundsatz bei der Landwirtschaft kaum verständlich. Ebenso unverständlich ist es, daß man es zuläßt, daß selbst gutverdienende Bauern so gut wie keiner Einkommensbesteuerung unterliegen.

Immerhin ist es als Erfolg zu werten, daß mit der seit einigen Jahren geltenden Milchmarktordnung ein grundsätzlich neuer Weg beschritten wurde: Erstmal seit der Schaffung der Marktordnungsgesetze wurde den Bauern wieder eine gewisse Verantwortung für die finanziellen Folgen einer gigantischen Überproduktion aufgebürdet. Dieser Weg sollte konsequent fortgesetzt werden. Die Angst, dabei Stimmen unter den Bauern zu verlieren, ist kaum begründet. Die Bauern wählen, wie die Landwirtschaftskammerwahlen deutlich zeigen, ohnedies kaum eine sozialistische Liste. Bei aller Anerkennung des Zuwachses der SPÖ-Stimmen bei der letzten niederösterreichischen Landwirtschaftskammerwahl muß man doch festhalten, daß die SPÖ absolut gesehen nur eine verschwindende Zahl von Bauern hinter sich hat und daß von diesen die überwältigende Mehrheit Nebenerwerbsbauern sind, die nur deswegen sozialistisch wählen, weil sie sich überwiegend als Arbeitnehmer und nicht als Bauern verstehen.

Schließlich soll noch hervorgehoben werden, daß die großen Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik im letzten Jahrzehnt es auch unserem Land ermöglicht haben, eine fast kompromißlose Hartwährungspolitik zu betreiben. Was nach dem Zweiten Weltkrieg kaum jemand für möglich gehalten hätte, ist wahr geworden: Der österreichische Schilling zählt gemeinsam mit der Deutschen Mark und dem Schweizerfranken zu den härtesten Währungen der Welt. Diese Hartwährungspolitik war einerseits durch die Erfolge in der Wirtschaftspolitik und vor allem auch in der Preispolitik möglich, sie hat andererseits wesentlich mitgeholfen, die erfolgreiche Preispolitik zu betreiben.

Zusammenfassend kann man die zehn Jahre sozialistischer Wirtschaftspolitik vielleicht folgendermaßen beurteilen: Die Sozialisten haben bei ihrem Regierungsantritt und bei den dazwischenliegenden Wahlkämpfen niemals versprochen, unsere kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzuwandeln. Sie haben hingegen versprochen, die bestehende marktwirtschaftliche Ordnung effizienter zu gestalten und

für ein größeres Maß an Gerechtigkeit zu sorgen. Wobei sie bereit waren, in die freie Wirtschaft immer dann dirigistisch einzugreifen, wenn sie das für notwendig hielten. Vor allem haben sie eine Vollbeschäftigungspolitik mit steigendem Lebensstandard und ohne inflationäre Auswirkungen angekündigt.

Diesem Ziel sind sie gerecht geworden, wenn man auch bedenken muß, daß gewisse Schichten der Unternehmer unverhältnismäßig großen Nutzen aus der sozialistischen Politik gezogen haben. Insgesamt steht aber Österreich nach zehn Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik wirtschaftlich gefestigter und – nehmt alles nur in allem – mit einem gerechteren Wirtschaftssystem da, als jemals zuvor.